

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 886 846 ppbn d

Inhalt

43. Jahrgang / 5

8. Januar 1988

Albrecht Müller MdB zur
Schuldenpolitik der Bundes-
regierung: Wider die Inter-
essen der Volkswirtschaft.

Seite 1

Dr. Volker Hauff MdB zu
den bekannt gewordenen
Einzelheiten aus dem Entsor-
gungsbericht: Schönfärberei.

Seite 3

Carl Ewen MdB zu den Ar-
beitsschwerpunkten der SPD-
Bundestagsfraktion im Be-
reich Fremdenverkehr: Die
Urlaubsmöglichkeiten verbes-
sern, die Fremdenverkehrs-
wirtschaft stärken.

Seite 4

Wider die Interessen der Volkswirtschaft

Zur Schuldenpolitik der Bundesregierung

Von Albrecht Müller MdB
Mitglied des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages

In einer Sitzung des Bundeskabinetts im Herbst 1981 drang-
salierte der damalige Wirtschaftsminister Lambsdorff das Kabi-
nett Schmidt wegen einer geplanten Netto-Neuverschuldung
von 26,5 Milliarden DM. 1988 werden es nach Schätzungen des
haushaltspolitischen Sprechers der CDU/CSU, Carstens, 40 Mil-
liarden sein. Dieses Eingeständnis kommt einer Bankrotterklä-
rung der Koalition gleich.

Nach dem Machtwechsel erklärte die Regierung Kohl den Ab-
bau der Netto-Neuverschuldung zu ihrem obersten Ziel. Um es zu
erreichen, verzichtete sie auf Maßnahmen zur Beseitigung der
Arbeitslosigkeit und Herstellung des außenwirtschaftlichen
Gleichgewichts.

Heute müssen wir feststellen: Trotz günstiger wirtschaftlicher
Rahmenbedingungen wie zum Beispiel niedrige Zinsen hat die
Koalition aus CDU/CSU und FDP auch in der Sparpolitik ver-
sagt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellender Umgang
mit erneuerbaren Rohstoffen
Recycling-Papier



Ein Grund für diese Misere ist, daß derzeit an der Spitze des Wirtschafts- und Finanzministeriums Unvermögen und Unsicherheit vorherrschen. Wir haben einen Wirtschaftsminister auf Abruf nach Brüssel. Die Glaubwürdigkeit des Bundesfinanzministers Stoltenberg ist - abgesehen von seiner finanzpolitischen Unfähigkeit - wegen seiner Verstrickungen als CDU-Landesvorsitzender in die Vorgänge in Schleswig-Holstein angeschlagen. Mit beiden ist in dieser schwierigen Wirtschaftslage, die politische Führungskraft und Kompetenz erfordert, kein Staat zu machen.

Auf die letzten Aktionen der Bundesregierung haben die Wirtschaftsteilnehmer gar nicht mehr reagiert. Das gilt sowohl für die „Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums“ vom 2. Dezember 1987 als auch für die Erklärung der Siebener-Gruppe vom 23. Dezember 1987. Das zeigt, daß die wirtschafts- und finanzpolitisch Verantwortlichen nicht mehr als kompetent betrachtet werden. Die Märkte schätzen offensichtlich die handelnden Personen richtig ein.

Will die Bundesregierung die Chance nutzen, mit der Beratung des Jahreswirtschaftsberichts in den nächsten Wochen endlich Klarheit und Berechenbarkeit zu schaffen, dann sind auch personelle Entscheidungen notwendig: Bangemann und Stoltenberg sollten im Interesse der deutschen Volkswirtschaft ihren Hut nehmen.

(-/8.1.1988/rs/ks)

* * *

Schönfärberei

Zu den bekannt gewordenen Einzelheiten aus dem Entsorgungsbericht

Von Dr. Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie

Die jetzt bekannt gewordenen Einzelheiten aus dem Entsorgungsbericht der Bundesregierung, der offiziell am 13. Januar 1988 vorgestellt werden soll, zeigen: Die Bundesregierung ist immer noch nicht bereit, die bestehende Entsorgungsmisere, die die Spatzen von den Dächern pfeifen, einzugestehen. Der Entsorgungsbericht enthält krasse Fehleinschätzungen:

- Die Bundesregierung geht davon aus, daß bereits Anfang der neunziger Jahre ein Endlager für Abfälle mit schwacher Wärmeentwicklung im ehemaligen Erzbergwerk Konrad zur Verfügung stehen wird. Von diesem Endlager existiert bisher nur ein Antrag für ein Planfeststellungsverfahren, dem von der zuständigen Genehmigungsbehörde und von vielen Fachleuten erhebliche Mängel attestiert werden.
- Die Bundesregierung erwartet weiter, daß sich trotz des schweren Unfalls der Salzstock Gorleben als Endlager für hochaktive Abfälle eignet. Dies ist unbegreiflicher Wunderglaube.

Gegen die Untersuchung alternativer Standorte spricht sich die Bundesregierung aus, weil sie glaubt, bei Nichtleistung von Gorleben innerhalb von nur zehn Jahren ein anderes Endlager zur Verfügung zu haben. Dieser Leichtsinns ist absolut unverantwortlich.

Obwohl Atomgesetz und Entsorgungsgrundsätze eine geordnete Beseitigung des Atomabfalls vorschreiben, wird er bisher nur verschoben. Das dicke Ende kommt, wenn aus Frankreich (La Hague) die hochaktiven Abfälle ab 1993 zurückgenommen werden müssen. Zwischenlager ohne funktionierendes Endlager sind für diese gefährlichen Abfälle keine Lösung. Die Gerichte werden auf die Gesundheitsgefahr im Entsorgungsbericht nicht hereinfallen. Der Tag könnte nicht mehr fern sein, an dem ein Kernkraftwerk wegen fehlender Entsorgung stillgelegt wird.

Wir stellen deshalb fest:

Die Grundsätze zur Entsorgungsvorsorge von Bund und Ländern aus dem Jahre 1979 sind nicht verwirklicht worden und deswegen nicht mehr anwendbar.

Das Zwischenlager Ahaus wurde nicht gebaut.

Das Zwischenlager Gorleben hat bis jetzt keine rechtlich bestandskräftige Genehmigung.

Die Schachtanlage Konrad ist bei der Genehmigungsbehörde auf erhebliche Bedenken gestoßen.

Das Endlager Gorleben ist in seiner Eignung völlig ungesichert.

Alternative Standorte werden nicht untersucht.

Die rechtlichen und verfahrensmäßigen Regelungen der Entsorgungsgrundsätze sind mehr als fragwürdig geworden.

(-/8.1.1988/rs/ks)

* * *



Die Urlaubsmöglichkeiten verbessern, die Fremdenverkehrswirtschaft stärken

**Arbeitsschwerpunkte der SPD-Bundestagsfraktion im Bereich Fremdenverkehr
in der 11. Wahlperiode**

Von Carl Ewan MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion
Stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Fremdenverkehr des Wirtschaftsausschusses

Die Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion hat die Arbeitsschwerpunkte im Bereich des Fremdenverkehrs für die 11. Wahlperiode beschlossen. Dabei geht es neben einer Stärkung der Fremdenverkehrswirtschaft und einer besseren Unterstützung der Fremdenverkehrsregionen vor allem um eine Verbesserung der Urlaubsmöglichkeiten, eine Beteiligung möglichst vieler Bevölkerungsgruppen am Tourismus und um bessere Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Tourismussektor sowie um die in letzter Zeit besonders akut gewordene Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Tourismus.

Im einzelnen handelt es sich um folgende Punkte:

1. Die Stärkung der Marktposition von kleinen und mittleren Fremdenverkehrsbetrieben ist vor allem für die deutschen Fremdenverkehrsregionen von erheblicher Bedeutung, da sie auch beim Zweit- oder Dritturlaub mit den Branchenriesen der Fremdenverkehrswirtschaft konkurrieren, deren Angebote in den Reisebüros überwiegend schon elektronisch gestützt vermittelt werden. Die Angebote der kleinen und mittleren Betriebe der deutschen Fremdenverkehrsregionen müssen hingegen meist von den interessierten Urlaubern schriftlich eingeholt werden. Diese „Buchungsbarriere“ muß durch die Entwicklung eines EDV-gestützten Zimmervermittlungssystems überwunden werden. Mit einer Anhörung von Experten im Unterausschuß Fremdenverkehr im Deutschen Bundestag will die SPD-Fraktion im 1. Halbjahr 1988 die nötigen Informationsgrundlagen für ein Modellprojekt schaffen. Der Wirtschaft muß dabei geholfen werden, die für kleine und mittlere Anbieter richtige Software zu finden, die sowohl privaten Nutzern wie auch Reisebüros den Zugang zu den Angeboten erleichtert. Kompatibilität der Systeme ist oberstes Ziel.
2. Bei der Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes bis zum Jahre 1992 müssen auch die fremdenverkehrspolitischen Konsequenzen mitbedacht werden. Der Tourismus gehört sicher zu den treibenden Kräften einer Verständigung der europäischen Völker untereinander. Gerade im 1. Halbjahr 1988, zur Zeit der deutschen EG-Präsidentschaft, muß die Bundesregierung sich für die Belange der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft einsetzen. Es darf nicht zu Wettbewerbsnachteilen für deutsche Anbieter aufgrund einer zwischen den europäischen Ländern unterschiedlichen Behandlung der Tourismusbetriebe kommen. Vor allem bei der anstehenden Harmonisierung der Mehrwertsteuersätze müssen die völlig unterschiedlichen Regelungen der einzelnen EG-Mitgliedsländer unter Berücksichtigung fremdenverkehrspolitischer Gesichtspunkte vereinheitlicht werden.
3. Die Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen am Urlaubsreiseverkehr stellt nach wie vor eine wichtige sozialpolitische Aufgabe dar. Vor allem einkommensschwache Familien, Familien mit vielen Kindern und Alleinstehende mit Kindern sind häufig nicht in der Lage, Urlaub zu machen. Diese oft nicht beachtete Benachteiligung muß erst ins öffentliche Bewußtsein dringen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. Wir setzen uns dafür ein, die bestehenden Angebote der Kirchen und der freien Wohlfahrtsverbände zu erhalten und weiter zu verstärken.

4. Wie wichtig die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Tourismus ist, haben die Naturkatastrophen des letzten Jahres vor allem in den Alpen gezeigt. Aber auch an Nord- und Ostsee bedrohen in einzelnen Gebieten Umweltprobleme die Natur. Die Menschen suchen aber die Küste auf, weil sie die unverfälschte Natur und die reine Luft dringend zur Wiederherstellung ihrer Kräfte benötigen.
Zu den Umweltbeeinträchtigungen gehört aber auch in weiten Teilen der Bundesrepublik, und hier vor allem auch in den Fremdenverkehrsregionen, der die Erholungsfunktion erheblich beeinträchtigende Fluglärm militärischer Übungsflüge. Hinzu kommt mehr und mehr eine „Übernutzung“ der Natur durch die Besucher in den touristisch attraktiven Regionen, die vielerorts neben die unter anderem durch wirtschaftliche Aktivitäten bedingten Umweltprobleme getreten ist. Es ist unbedingt notwendig, daß die Bundesregierung sich mit der Problematik Umwelt und Freizeit intensiver befaßt als bisher.
5. Die Reismöglichkeiten aus der DDR und aus Polen müssen auch für die Besucher, die nicht zu Verwandten kommen können, verbessert werden. Die diesbezüglichen Bemühungen können von den Erklärungen anläßlich des Besuches von Generalsekretär Honecker, aber auch den Verabredungen, die anläßlich seines Besuches in Polen vom Vorsitzenden der SPD Jochen Vogel mit Staats- und Parteichef Jaruzelski getroffen wurden, ausgehen. Ein valutafreier Austausch würde zum Beispiel schon einen erheblichen Fortschritt bedeuten. Die Bundesregierung müßte die diesbezüglichen Möglichkeiten extensiv nutzen und ihre weiteren Handlungsabsichten auf den Tisch legen.
6. Der vorbeugende Gesundheitsschutz durch sinnvolle Nutzung der Freizeit, Erholung im Urlaub und Kuren in Heilbädern und Kurorten muß gerade angesichts der Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen aufgewertet werden. Die Kürzungsmaßnahmen im Bereich der vorbeugenden Kuren sind gerade auch deshalb unverständlich, weil hier Eigeninitiative und Eigenbeitrag der Menschen erheblich sind. Darin wird ein Gesundheitsbewußtsein deutlich, das unterstützt werden müßte. Aber auch Arbeitsplätze im Kur- und Fremdenverkehrsbereich stehen hier auf dem Spiel. Die SPD-Bundestagsfraktion wird alle Handlungsmöglichkeiten nutzen, dem von der Regierung vorgesehenen Abbau von Leistungen der Krankenkassen für Kuren entgegenzuwirken.
7. Durch verstärkte Werbung ausländischer Gäste sollen zusätzliche Besucherpotentiale für die Fremdenverkehrsgebiete und die deutschen touristischen Attraktionen gewonnen werden. Nachdem wir den Ausbau der Deutschen Zentrale für Tourismus gefördert haben, geht es nun um eine effiziente Nutzung der dort vorhandenen Werbemöglichkeiten. Es ist notwendig, die ausreichende finanzielle Ausstattung der DZT sicherzustellen, gleichfalls wichtig ist aber auch die intelligente und ideenreiche Darstellung der Bundesrepublik im Ausland. Im Zusammenwirken von DZT und Anbietern sind weitere positive Ergebnisse auf dem erfolgreich beschrittenen Weg zu erwarten.
8. Die Verkehrsbedienung der Ferienregionen durch die Deutsche Bundesbahn ist angesichts des Rückzugs der Bahn aus der Fläche aus betriebswirtschaftlichen Gründen gefährdet. Eine ausreichende Erschließung der Ferienregionen mit Hilfe der Deutschen Bundesbahn ist aber unverzichtbar. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Nicht nur die zu Beginn und Ende der Ferienreisezeiten üblichen Staumeldungen verdeutlichen die Probleme des Individualverkehrs. Auch für die älteren Urlauber ist die Bahn zur Reise in ihr Urlaubsgebiet unverzichtbar, und dies dürfte angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Urlauber immer wichtiger werden. Ihnen dürfen die Urlaubsmöglichkeiten nicht durch die Konzentration der Bahn auf wenige lukrative Strecken genommen werden. Wir werden darauf achten, daß die Verkehrspolitik auch die fremdenverkehrspolitischen Gesichtspunkte in ihr Kalkül einbezieht.
9. Die deutschen Fremdenverkehrsregionen müssen immer mehr die vom Wetter unabhängigen Möglichkeiten für Besucher in den Vordergrund stellen. Nicht nur die landschaftlichen Reize machen die Attraktivität einer Region aus. Urlaubsentscheidungen werden zunehmend auch unter kulturellen Aspekten getroffen. Die Zusammenarbeit von Fremdenverkehr und Kultur insbesondere für



Angebote im Kurzzeitreiseverkehr muß dringend verbessert werden, um neue touristische Angebote zu schaffen. Die Kultur als Fremdenverkehrsfaktor muß erst entdeckt werden. Dies gilt nicht nur für die in den größeren Städten konzentrierten Bereiche des traditionellen Kulturbetriebs wie Theater, Museen und Musikvorstellungen. Auch in den ländlichen Räumen gibt es einige interessante Initiativen zur Einbeziehung des Gastes in kulturelle Aktivitäten (unter anderem Töpfern, Weben, Lärnen), die verstärkt gefördert werden sollen. Die Bedeutung und das Potential solcher Aktivitäten für den Fremdenverkehr muß allerdings noch genauer erforscht werden.

10. Die Arbeitsbedingungen von Arbeitnehmern im Tourismussektor werden oft vernachlässigt. Eine attraktivere Gestaltung der beruflichen Möglichkeiten im gesamten Tourismussektor ist daher notwendig. Dies gilt um so mehr, als sich hier bereits trotz der hohen Arbeitslosigkeit Engpässe durch Arbeitskräftemangel abzeichnen. Auch die Bewertung der touristischen Berufe durch die Gesellschaft muß entsprechend ihrer großen Bedeutung verbessert werden. Für die Arbeitnehmer ist eine Erweiterung der beruflichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten unbedingt notwendig. Gerade in der Fremdenverkehrswirtschaft ist eine Angleichung der Berufsbilder und eine gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse in der Europäischen Gemeinschaft wie auch eine Angleichung der Arbeitnehmerschutzbestimmungen auf hohem Niveau unabdingbare Voraussetzung für eine wirkliche Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EG.
11. Tourismuspolitik darf sich nicht allein auf die deutsche Fremdenverkehrswirtschaft beschränken. Sie muß sich - gerade angesichts der Vielzahl deutscher Urlauber im Ausland - mehr als bisher auch um die Verbesserung der Reisebedingungen für deutsche Urlauber im Ausland bemühen. Die jüngst von Griechenland angekündigten Restriktionen für bestimmte Reiseformen haben dies noch einmal mit aller Deutlichkeit bestätigt. Nach wie vor behindern die trotz aller Absichtserklärungen noch bestehenden Formalitäten an den Grenzen den Reiseverkehr innerhalb der EG. Wir werden uns verstärkt um Verbesserungen bemühen.
12. Ein tourismuspolitisches Programm der Bundesregierung wäre dringend notwendig, um in einem auf den aktuellen Stand gebrachten Gesamtkonzept allen Beteiligten und gesellschaftlichen Gruppen eine Bestandsaufnahme des Fremdenverkehrs zu bieten und fremdenverkehrspolitische Perspektiven aufzuzeigen. Das von der Bundesregierung angekündigte Konzept wurde noch nicht vorgelegt, wir werden auf eine Fortschreibung in unserem Sinne drängen.

(-/8.1.1988/rs/ks)

* * *

